Scheu vor Aktien, Telefonische Krankschreibung wackelt?, Stromkosten könnten steigen

Scheu vor Aktien

Traditionell setzen Sparer in Deutschland stark auf Girokonten und Tagesgeld. Und lassen sich einen dadurch einen enormen Vermögenszuwachs entgehen, der mit mehr Aktien möglich wäre. Das zeigt eine Modellrechnung der DZ Bank, die der Deutschen Presse-Agentur vor dem Weltspartag an diesem Mittwoch (30.10.2024) vorliegt. Fast 2,2 Billionen Euro oder gut 23 Prozent des privaten Geldvermögens hierzulande waren laut DZ Bank zuletzt in Sichteinlagen oder Bargeld geparkt. Das meiste auf Girokonten, die meist kaum Zinsen abwerfen. Mehr dazu hier. (Manager Magazin)

Telefonische Krankenschreibung wackelt?

Die telefonische Krankschreibung verteidigt der Hausärztinnenund Hausärzeverband gegen Kritik von Arbeitgeberseite. Das Argument gegen die Abschaffung ist nahezu selbsterklärend. Würde man die telefonische Krankschreibung nun abschaffen, gefährde dies die Patientenversorgung in den kommenden Monaten mit zahlreichen Infektionskrankheiten massiv. Die Möglichkeit, sich per Telefon krankschreiben zu lassen, war in der Coronapandemie eingeführt worden. Im Dezember 2023 beschloss der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Krankenkassen und Kliniken eine dauerhafte Regelung. ImZuge Wachstumsinitiative für die Wirtschaft hat nun aber die Bundesregierung wegen des erhöhten Krankenstands Überprüfung der Maßnahmen vereinbart. (Spiegel Online)

Stromkosten könnten steigen

Eine Anhebung der Umlagen auf die Netzengelte haben die vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland für das kommende Jahr (2025) bekannt gegeben. Besonders die NEV-Umlage, die ab kommenden Jahr "Aufschlag für besondere Netznutzung" heißt, steigt deutlich von 0,643 Cent auf 1,558 Cent pro Kilowattstunde, wie die Initiative Netztranzsparenz.de der vier Unternehmen am Freitag (25.10.2024) mitteilte. Für die Verbraucher können dadurch die Stromkosten leicht steigen. Allerdings ist noch nicht ganz klar, ob und in welchem Umfang die Stromversorger die Kostensteigerungen an ihre Kunden weitergeben. Anbieter, die sich während der Energiekrise teuer und langfristig eingedeckt haben, dürften die Umlagen demnach eher weitergeben als andere mit günstigerer Beschaffung. (Der Tagesspiegel)